



# BERICHT ZUR LAGE DER WIRTSCHAFT

10/2024

## Ein Herbst der Entscheidungen?

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen war aus der Bundesregierung zu hören, dass es zu einem Herbst der Entscheidungen kommen müsse, wenn diese Regierung noch bis zum regulären Termin der Bundestagswahlen im September 2025 halten solle. Spekulationen über ein vorzeitiges Ende der Ampelregierung reißen in der Folge nicht ab. Diese Äußerungen bleiben jedoch vage; welche Entscheidungen sind gemeint?

Nachdem Bundeswirtschaftsminister Habeck die Herbstprojektion der Bundesregierung vorgestellt, dabei die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das laufende Jahr um 0,5 Prozentpunkte auf -0,2 Prozent nach unten korrigiert und das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 auf 1,1 Prozent leicht erhöht hat, werden nun Stimmen nach einem Konjunkturprogramm laut. Das Jahr 2024 wird in der Tat das zweite Jahr in Folge mit einer Schrumpfung des BIP sein. Das gab es in der Nachkriegszeit nur nach 9/11 in den beiden Jahren 2002 und 2003. Was ist zu tun, damit die deutsche Wirtschaft wieder Fuß fasst?

Eine Analyse der aktuellen Lage verdeutlicht, dass eine Konjunkturspritze zur Stabilisierung der Nachfrage wenig Sinn macht. Die Zurückhaltung der Konsumentinnen und Konsumenten, die Investitionsschwäche auf Unternehmensseite sind zu einem nennenswerten Teil durch eine wirtschaftspolitische Unsicherheit verursacht, an der die Bundesregierung ihren Anteil hat. Dies mit den Streitereien zwischen den Koalitionspartnern abzutun, ist zu billig. Denn dahinter steht das Problem, dass die Wirtschaftspolitik zwischen Investitionslenkung und Sozialer Marktwirtschaft laviert. Der private Konsum und die private Investitionstätigkeit werden zurückkehren, wenn sich die Politik eindeutig auf marktwirtschaftlichen Kurs begibt.

Hier kommt ins Spiel, was mit einem Herbst der Entscheidungen gemeint ist. Bis zum Jahresende müssen die Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat über den Bundeshaushalt 2025, über ein Wachstumspaket, ein Rentenpaket und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entscheiden. Ein Teil dieser Entscheidungen erfordert die Zustimmung der Länder im Bundesrat. Zudem zeigt sich, dass die Bundestagsfraktionen der Ampelregierung Teile dieser Gesetzesvorhaben offen in Frage stellen.

Dabei sollten alle wissen, was für einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft erforderlich ist: Eine Verbesserung der Kostensituation für die Unternehmen. Arbeits-, Energie- und Regulierungskosten sowie die Steuerbelastung sind zu hoch. Das Wachstumspaket setzt dabei an verschiedenen Stellen an. Insbesondere die steuerlichen Maßnahmen sind aber zwischen Bund und Ländern umstritten. Einzelne Änderungen im Steuerrecht, wie die steuerliche Begünstigung für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wurden schon im

Vorfeld politisch kassiert. Die Verschärfungen beim Bürgergeld sind den linken Flügeln der Sozialdemokraten und der Grünen ein Dorn im Auge. Mit dem Tariftreuegesetz steht eine Verschärfung des Arbeitsrechts statt einer Lockerung an. Die FDP sieht dieses Vorhaben genauso kritisch wie die sogenannte Haltelinie in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Und für den Bundeshaushalt 2025 wünschen sich SPD und Grüne nichts sehnlicher als eine Abschaffung, Lockerung oder zumindest Aussetzung der Schuldenbremse.

Der Bundeshaushalt 2025 erlaubt die Umsetzung des Wachstumspakets mit den damit verbundenen Mindereinnahmen und verschiebt den Schwerpunkt von den konsumtiven Ausgaben zu den öffentlichen Investitionen, ohne die Vorgaben der Schuldenbremse zu verletzen. Dieser Ansatz ist für sich genommen angebotspolitisch richtig. Das Wachstumspaket ist, selbst wenn es den Bundesrat mit nur geringfügigen Änderungen passieren sollte, jedoch nur ein kleiner Schritt. Insbesondere in der Energie- und Klimapolitik wissen die Unternehmen immer noch nicht, auf was sie sich einzustellen haben. Dauersubventionen wie ein Industriestrompreis helfen nicht. Es geht um die Sicherung der Energieversorgung zu annehmbaren Preisen in der Zukunft. Weder das Strommarktdesign noch die Versorgung mit Alternativen zu Kohle und Gas sind geklärt.

In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind Teile der Bundesregierung immer noch auf dem Pfad der Leistungsausweitung und der Verschärfung der Regulierungsintensität. Die Haltelinie in der gesetzlichen Rente darf so nicht kommen, wenn diese finanzierbar bleiben soll. Das Tariftreuegesetz sollte besser nicht beschlossen werden. Die Fortschritte beim Bürokratieabbau durch Lockerung von Regulierungen würden konterkariert.

Der Herbst der Entscheidungen? Er muss eine Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bringen, eine marktwirtschaftlich orientierte Politik, eine Stärkung der Marktkräfte anstelle höherer Staatsausgaben auf Pump. Auf die Jahre der Schrumpfung des BIP nach 9/11 reagierte die damalige Bundesregierung mit der Agenda 2010. Der Ampelregierung bleibt nur noch wenig Zeit, die Wirtschaftspolitik wieder auf diesen marktwirtschaftlichen Kurs zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld